

Rüdiger Klasen
Wittenburger Straße 10
19243 Püttelkow
Tel: 038852/58951 Mobil: 0162-9027725

18.04.2014

**Kriminalpolizei Schwerin
Graf-Yorck-Straße 6
19061 Schwerin**

Strafantrag/ Strafanzeige gegen die heute verantwortlichen Personen der Bundesregierung

Angela Merkel CDU
Sigmar Gabriel SPD
Frank-Walter Steinmeier SPD
Thomas de Maizière CDU
Heiko Maas SPD
Wolfgang Schäuble CDU
Andrea Nahles SPD
Hans-Peter Friedrich CSU
Ursula von der Leyen CDU
Manuela Schwesig SPD
Hermann Gröhe CDU
Alexander Dobrindt CSU
Barbara Hendricks SPD
Johanna Wanka CDU
Gerd Müller CSU
Peter Altmaier CDU

wegen illegal- arglistig- heimtückische juristische (§) Fortführung des Nazismus und Faschismus durch den Gesetzgeber und in § Folge für jeden einfache Befehls (Weisungs-Empfänger) rechts- und offenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz,

nicht beendeter Weltkrieg durch bis heute fehlende Friedensverträge mit über 54 Nationen,

Machtmißbrauch, Mißbrauch der deutschen Polizei für privatwirtschaftliche Fremdinteressen = politisch weisungsbedingte direkte und indirekte Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen, Völkermord und Kriegsverbrechen,

Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Verstoß gegen das Militär Grundgesetz, Bruch/ Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung,

OFFENKUNDIGER STILLSTAND DER RECHTSPFLEGE in der gesamten Bundesrepublik

Deutschland – auch im Bundesland Mecklenburg- Vorpommern.

In soweit verweise ich auf die bereits eingereichte Anzeige und Beschwerde vom 20.08.2013 zum AZ: 4yp-323/12/2045

**bei der Kriminalpolizei Schwerin
z. H. Klaus Grüschow pers.
Graf-Yorck-Straße 6
19061 Schwerin**

und das pers. Gespräch vom 20. August 2013 / Übergabe dieser Anzeige und Beschwerde ausführliche Beweisdokumentation

Weiter verweise ich auf das laufende Ermittlungsverfahren zum AZ: 112 Js 18790/13 bei der StA SN

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Kriminalpolizei Schwerin als Behördenbestandteil der Polizei *Mecklenburg- Vorpommern* hat als bewaffnetes Ermittlungsorgan der Bundesrepublik Deutschland den Schutz auf das gleichgeschaltete Deutsche Volk und dem Militär- Grundgesetz (GG) sowie auf die dahinter stehende überlagerte rechtsgültige Verfassung v.1919 geleistet. Dieser Eid wurde und wird ständig durch Grundrechteverletzungen, direkte und indirekte Beteiligung an den weltweiten Kriegshandlungen, Völkermord und Kriegsverbrechen gebrochen. Die verfassungsmäßige Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist durch Staatenlosigkeit beseitigt worden.

Anlagenverweis:

- K 1. Dokumentation Staatenlos 1 + 2
- K 2 unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger
Der Unionsbürgerschaft Wikipedia
- K 8 EU- Todesstrafe/ Schießbefehl
- K 9 Liste der Kriegserklärungen gegen Deutschland
- K 10 Die fehlenden Friedensverträge
- K 11 Protokolle aus dem Kanzleramt
- K 12 Protokoll franz Vorsitzender
- K 13 VERFASSUNG1919 = Friedensverträge
- K 14 staatenlos.info - Faltblatt

Zur weiteren Begründung trage ich folgendes vor:

Zu 1 Der blockierte WELT– FRIEDEN

Die BRD ist weder Deutschland noch Rechtsnachfolger des deutschen Reiches wie das BVerfG 1987 richtig festgestellt hat! Auf Grund dieses Urteils ist Deutschland zu keiner Zeit souverän.

Damit ist die BRD auch nicht souverän.

(Art. 139 GG, Dokumente aus dem Kanzleramt ISBN 3-486-56360-2 S 106 + Aussage Herr Dr. Wolfgang Schäuble - europäischer Bankenkongreß Frankfurt a. M. 18.November 2011)

**Die fehlenden Friedensverträge mit über 54 Nationen zum NICHT beendeten WELT – KRIEG:
Der Welt- Frieden wird bis heute durch die Bundesrepublik Deutschland
als Rechtsnachfolger des III. Reiches verhindert.**

Die völlig unberechenbaren Folgen sind für alle Menschen weltvernichtend.

(Dokumente aus dem Kanzleramt ISBN 3-486-56360-2,
Protokoll franz. Vorsitzender Nr. 354 B Anlage 2, Drittes Treffen der Außenminister Paris, 17.Juli 1990)

- K 8 EU- Todesstrafe/ Schießbefehl
- K 9 staatenlos.info - Faltblatt
- K10 Liste der Kriegserklärungen
- K11 Protokolle aus dem Kanzleramt
- K12 Protokoll franz Vorsitzender

Zu 1

Das Grundgesetz ist derzeit für die Bundesrepublik Deutschland die höchste Rechtsnorm für ein Volk- sowie auch für die Verteidigung also auch die deutsche Bundeswehr (bestehend aus Freiwilligen).

(Verweis Artikel 139 Bonner Militär Grund Gesetz mit den nachfolgenden Rechtsvorschriften - SHAEF und SMAD in Verbindung mit Artikel 146 + 16 + 116 GG + DriG § 9 und § 18)

Zu 2

Auch die Kriminalpolizei Schwerin besitzt rechtsoffenkundig keine staatliche Legitimation. Diese Behörde arbeitet nach Firmen- und Vertrags- Seerecht und die Polizei wird unter dem German Trust handelsrechtlich geführt.

Anlagenverweis:

Internationale Auskunfteien/ Suchanbieter bzgl. German Trust
Suchmöglichkeiten + privatisierte Stadt Hamburg.

http://creditreports.dnb.com/webapp/wcs/stores/servlet/lballValidationCmd?storeId=11154&catalogId=71154&searchType=BSF&busName=Stadt%20Schoenau&state=&country=DE&cm_mmc=dnb- -home- -retail- -lookup- -topbar#goTop

<https://creditreports.dnb.com/webapp/wcs/stores/servlet/AdvancedCompanySearch?storeId=11154&catalogId=71154&blnMdsbPortalFlag=false>

Zu 3 ##### welches Unternehmen #####

Auch das Land Mecklenburg Vorpommern arbeitet als Unternehmen im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt keine Staatsangehörigen einer Bundesrepublik Deutschland, sondern nur staatenloses Personal mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934. Insofern kann auch keine rechtstaatliche Legitimation nachgewiesen werden. Wo nichts ist, kann nichts sein.

Zu 4

OFFENKUNDIGER STILLSTAND DER RECHTSPFLEGE im NS- Gleichschaltungsland *Mecklenburg- Vorpommern* / der gesamten Bundesrepublik Deutschland (Feststellung der Nichtigkeit der Wahlen durch das aktuelle BVerfG- Urteil vom 25.07.2012 + seit 8.12.2010 Staatenlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland):

Nicht erfolgte Klärung und Verriegelung/ Stillstand der Verfahren – Stillstand der Rechtspflege.

Zu 5

Arglistig täuschende Weiterführung der NS- Gleichschaltungskolonie von 1934 durch die Bundesrepublik Deutschland und zielführend soll Deutschland ein unselbstständiger eingemeindeter Teil der EU werden.

Entwicklung/ Ausgangssituation:

RuStAG (RoStAG) von 22. Juli 1913:

Im Gesetz steht **Reichsangehörigkeit R = Ausland** (betraf Dienstangestellte in den deutschen Schutzgebieten)

ODER

Staatsangehörigkeit StAG = Inland (Deutsche in den jeweiligen Heimatländern/ Bundesstaaten im Deutschen Reich)

= Es existiert(e) eine doppelte Staatsangehörigkeit. (Kolonie ODER Inland = **R oder STA**)

Die Heimat der Deutschen Völker:

bis 1933 = HEIMAT - Staatsangehörigkeit im Deutschen Heimatreich: *jeweiliges Heimatland (LStA) Mecklenburg- Schwerin, Mecklenburg- Strelitz, Sachsen, Bayern, Thüringen, Baden, Preußen usw..

Täuschung, Gleichschaltung:

1934 – 1945 = gleichgeschaltete Auslands - Staatsangehörigkeit: *deutsch* /deutsche Staatsangehörigkeit**/ *Deutsches Reich*/ *deutscher Reichsangehöriger* / (R = StAG = Umsturz der Weimarer Verfassung, siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.2934) R = StA

Kriegslist, Täuschung, Gleichschaltung:

Beweis: Anlage 3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2

1945: Kein Frieden, Waffenstillstandsbedingungen mit lfd. Unterbrechungen!

= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

1945 – 1949: Weiterführung gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: /deutsche Staatsangehörigkeit* = *Deutsches Reich*= *Deutschland* mit Glaubhaftmachung *deutsch*
R = StA

1949 –2010 = gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: *deutsche Staatsangehörigkeit* mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934. R = STAG

1990 Erneut keine Friedensverträge mit über 54 Nationen.

= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

Die Verordnung vom 05. II. 1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit R=StAG ist mit der milit. Kapitulation des III. Reiches nicht ersatzlos untergegangen

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (RGLB 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Auf dem BRD- Personalausweis steht die Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02. 1934.

RGLB Teil I Seite 85.

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD gibt die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 wieder. R = STA

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD zeigt den Status der Gleichschaltung/ Heimatlosigkeit von 1934 an.

(siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGLB- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934, Ausweisdokumentation mit der StA- Glaubhaftmachung *Deutsch; Deutscher, Deutsche, Deutschland, Deutsches Reich, deutscher Reichsangehörige(r) * 1934 – bis heute)

Jeder BRD – Bürger hat durch die faschistische deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 die Auslands-/Kolonie – Staatsangehörigkeit. (unmittelbare Reichsangehörigkeit) **R = STAG**

Der Statusdeutsche ist damit heimatlos, vollkommen entmachtet und entrechtet!

Deshalb sind auch die Menschenrechte c/o. Grundrechte für die Deutschen rechtsoffenkundig NICHT in Funktion.

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Auf unserem BRD- Personalausweis steht die Staatsangehörigkeit- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02.1934.

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD mit der *DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT von 1934 wird im

-A U S L Ä N D E R A M T-

Eines jeden Kreises beantragt.

Dazu Verweis auf das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Mai 1935:

§ 1. Über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden die Einbürgerungsbehörden nach pflichtmäßigem Ermessen. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht nicht.

§ 2. Die §§ 10, 11, 12, 26 Abs. 3 Satz 2, § 31 und § 32 Abs. 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) treten außer Kraft; das gleiche gilt von § 15 Abs. 2 und § 34 insoweit, als sie einen Anspruch auf Einbürgerung gewähren.

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

= *deutsche Staatsangehörigkeit* + *deutscher Volkszugehörigkeit* sind Begriffe aus der 2010 erfolgten Gleichschaltung der RuStAG von 1913 (R= StAG) nach StAG / (Verweis Kolonieverfassung: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

Art. 139 GG hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen!

1. 1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1

1) Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit **30. Januar 1933** eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, **verlieren hiermit ihre Wirksamkeit** .

2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 **Ausrottung der Nazigesetze** vom 20. Sept. 1945

3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen bindend.

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3 **bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen fort**. 26. Mai 1952

Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben.

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Der Artikel 139 GG ist aus Kriegslistgründen daher im Militär GG geschaltet. (HLKO Artikel 24)

Anlagenverweis:

K 1 § Dokumentation Staatenlosigkeit 1 und 2

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wird 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (RGL 05.2.1934, Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1)

Der geheime Staatsstreich: Am 08.12.2010 wurde die ~~Reichsangehörigkeit~~ (unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) **beseitigt**. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger

Glaubhaftmachung *DEUTSCH*

StAG 1913 v. 08.12.2010 / BGBl. Teil III v. 1. 08. 1959

Teil I GER / Teil II DDS

K 3 Deutsche StA - Sprachliche Einführung+ Rassegesetze 1933

K 4 Richteramt RGL 1936

K 5 Methoden der Faschisten

K 6 Deutsche Staatsangehörigkeit=Reichsangehörigkeit

K 7 aktuelle Nazigesetze

Zu 6

Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit von 1934 geändert.

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010

Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959

102.2 R=StAG 1934 **Reichsangehörigkeit = unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit, ist beseitigt**

102.1 StAG 1913 ~~unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit ?~~

§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ besitzt.
 § 2 Deutscher ist, wer die ~~unmittelbare Reichsangehörigkeit~~ besitzt. (weggefallen 1999)

Seit dem 8.12.2010 liegt rechtsoffenkundig durch geheimen Staatsstreich doppelte Staatenlosigkeit für alle Bundesbürger mit deutschen Staatsangehörigkeit und der Glaubhaftmachung *DEUTSCH* vor:

Status § 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit wurde beseitigt.

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit war die deutsche Staatsangehörigkeit!

Beides ist ein und dasselbe!

Jeder Deutsche ist in der BRD seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger + Der Unionsbürger Wikipedia

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD hat damit auch die Voraussetzung zur EU- Mitgliedschaft verloren!

1992 (Maastrichtvertrag) Verleihung der Unionsbürgerschaft EU. (Nicht- Staatsangehörigkeit) Geheimer Staatsstreich v. 8.12.2010 (Nicht- Staatsangehörigkeit)

Bedeutung Staatenlos = vogelfrei:

Vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe vom Reichsacht betroffen; ausgestoßen, **keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.**

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem **frei gejagt und getötet werden durfte**. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**. (z. B. OWi)

[1] **Vogelfreie Menschen konnten (können) ungestraft getötet werden.**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heimzureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“[2]

(Quelle: <http://de.wiktionary.org/wiki/vogelfrei>)

Die STAG- Gleichschaltung von 1934 wurde beseitigt.

Die neue Gleichschaltung ist u.a. die doppelte NICHT- STAATSANGEHÖRIGKEIT!

Im Militär Grundgesetz (GG) für die BRD SIND DIE Artikel 16 und 116 außer Funktion!

Der Stillstand der Rechtspflege ist eingetreten!

Die Bundesrepublik Deutschland hat auch die Voraussetzung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union verloren und muß daher sofort die EU verlassen!

Tricksen, täuschen, Tarnen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat uns dazu den Personalausweis *DEUTSCH* ohne die notwendige juristische Hintergrundinformation/ Aufklärung ausgestellt!

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Der Zwang zur „deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung *DEUTSCH* wird seit 1934 bis heute nahtlos fortgesetzt. Die NS- Gleichschaltungsgesetze werden weiter illegal angewendet.

Bei Verweigerung des neuen BRD- Personal - Ausweises *DEUTSCH* 1934 droht heute allgemein ein empfindliches Ordnungsgeld.

Verweis auf das Amtsblatt für Schleswig Holstein vom Juni 1946!

BRD – Amtseid Artikel 56/Art. 64 GG, (alle BRD - Amtspersonen und BRD - Parteien)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Amtseid>

Deutscher Richtereid § 18 deutsches DRiG (alle BRD - Richter)

http://www.lexsoft.de/lexisnexis/justizportal_nrw.cgi?xid=139958,45

und alle Schwüre/ Beteuerungen auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

Auch jeder Verwaltungsbeamte/ Angestellte/ Richter/ Staatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland unterliegt damit den verbotenen NaZi- Gleichschaltungsgesetzen!

(Verweis Staatsangehörigkeit laut STAG vom 05.02. 1934 + Neues Staatsrecht1934)

Damit haben wir keine Heimatbehörden, sondern NaZi- Gleichschaltungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundrechteverletzungen können durch die NaZi- Überlagerung/ Befangenheit der deutschen Justiz ebenfalls nicht abgeholfen werden!

Artikel 1- 19 GG. Die Menschenrechte / Grundrechte sind ohne strafbewehrten Rechtsschutz in der BRD!

Es besteht damit folgender offenkundiger Tatbestand:

Die Bundesrepublik Deutschland führt TÄUSCHEND die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz / Neues Staatsrecht ab 1934 weiter!

Das seit 1934 gleichgeschaltete deutsche Volk *DEUTSCH*/ *deutsche Staatsangehörigkeit* auf dem deutschen Teilstaatsgebiet der BRD. (Gleichschaltung nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz und *Neues Staatsrecht* (siehe Kolonieverfassung Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

)

Gleichgeschaltetes deutsches Staatsvolk auf deutschen Teilstaatsgebiet in Verwaltung durch die BRD unter NaZi- Staatsangehörigkeit + weitergeführte Nazi – Gesetze!

= Die Bundesrepublik Deutschland führt damit staatsrechtlich juristisch das 3. NaZi- Reich weiter!

Durch die blutige, faschistische deutsche Staatsangehörigkeit wurden Millionen von Menschen umgebracht, enteignet und vertrieben.

Anlage 13: Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit

Churchill und Roosevelt haben schon 1942 öffentlich erklärt, die NaZi- Tyrannei zu beseitigen. 1945 wurde das Ziel nicht erreicht, sondern stattdessen die Kriegslist nach Artikel 24 HLKO geschaltet und die Staatsangehörigkeit von 1934 NICHT beseitigt.

Artikel 139 GG:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Es gelten vollumfänglich die alliierten SHAEF Entnazifizierungsbestimmungen.

BRD- Verwaltungsorganisationen dürfen unter Strafe nicht entnazifizieren.

Siehe dazu die SHAEF– SMAD - Entnazifizierungsbestimmungen der Alliierten.

Nur die Alliierten haben die juristische Hoheit zur Entnazifizierung!

Auch **Hohe Hand** genannt.

Jeder BRD- Bürger, damit auch alle Verwaltungsbeamten/ Angestellten/ Richter/ Staatsanwälte sind laut Artikel 139 GG und den nachfolgenden Bestimmungen und Gesetzen gesetzlich strafbewehrt verpflichtet, dem umgehend Abhilfe zu leisten und die NaZi- Gleichschaltung ab 1934 sofort zu beenden!

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG FÜR die Bundesrepublik Deutschland.

Der Verfassungsauftrag über Artikel 146 GG führt über die Umsetzung der durch das Bonner Militär Grund Gesetz (GG) überlagerten Verfassung von 1919 zur Beseitigung des Verstoßes!

Die Heimatangehörigkeit/ Staatsangehörigkeit unserer Großeltern war vor 1934 die jeweilige Landesstaatsangehörigkeit.

Der Staatsangehörige *DEUTSCH* *deutsche Staatsangehörigkeit* gilt für die Heimatländer als verloren, wenn der Verlust der Heimatangehörigkeit **nicht** angezeigt wird.

Das Eigentum an der deutschen Heimat ist mit der Heimatangehörigkeit verknüpft und nicht mit der gleichgeschalteten Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung *DEUTSCH*.

Auch darum zeige ich Ihnen diesen Verlust der Heimat/ Staatenlosigkeit für alle deutschen Staatsangehörigen in der BRD an!

Sie sind zur Abhilfe (Grund)gesetzlich nach Artikel 139 und den nachfolgenden Rechtsvorschriften pers. strafbewehrt verpflichtet! (SHAEF, SMAD)

DAS KERNPROBLEM: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch Staatlosigkeit selbst das Genick gebrochen!

Wegbruch der gesellschaftlichen Staatsgrundlagen und in Folge Nichtigkeit aller privatisierten BRD- Gesetze - (somit auch das OWiG) ausgenommen die im Militär Grundgesetz hinterlegten Militärvorschriften der alliierten Hohen Hand in der nicht souveränen BRD.

Auch das durch STAATENLOSIGKEIT z. B. nichtig gewordene OWiG ist juristisch nachgeordnet!

Daher ist dieser Vorgang vorrangig zu behandeln!

Anlagenverweis:

K 1. Dokumentation Staatenlos 1 + 2

K 2. + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger + Der Unionsbürgerschaft Wikipedia

Zu 7

Verweis Feststellung der Fehlerhaftigkeit der Wahlen ab 1956 durch das akt. BVerG- Urteil vom 25.07.2012:

BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.7.2012, Absatz-Nr. (1 - 164),

http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html

Durch Staatenlosigkeit nichtige Rechtsgrundlagen, in Folge Nichtigkeit des nichtig gewählten Gesetzgebers, Nichtigkeit dessen Weisungen und dessen Rechtsgrundlagen wie auch Ihrer Handelsseerechtlichen Abgabenordnung. In § Folge liegt NICHTIGKEIT der Wahlen, jeder Ernennung vor!

Zu 8

Seit 1945 keine Friedensverträge mit ca. 54 Nationen und deren Satteliten.

Die Bundesrepublik Deutschland darf, will und kann keinen Frieden schließen!

Beteiligung von der Bundesrepublik Deutschland an weltweiten Völkermord, Kriegsverbrechen und Angriffskriegen!

= HLKO Artikel 24: *...Kriegslisten.. sind erlaubt.*

Anlagenverweis:

K10 Protokolle aus dem Kanzleramt S 106 + 117, ISBN 3-486-56360-2

K11 Protokoll franz. Vorsitzender No 354 B, Anlage 2, 3. Treffen der Außenminister - Paris 17.07.1990

K12 Liste der Kriegserklärungen gegen Deutschland

Zu 9

Ignoranz: Alle Schriftsätze mit den umfangreichen Beweismaterial wurden durch die zust. BRD Verwaltungsorgane auf Bundes- & Landesebene weder gewürdigt noch fach- sachgerecht bearbeitet, geschweige die notwendige Abhilfe geschaffen.

Es besteht 2013 im Gleichschaltungsland *Mecklenburg- Vorpommern* / der Bundesrepublik Deutschland durch STAATENLOSIGKEIT rechtsoffenkundig STILLSTAND der RECHTSPFLEGE!

Mittlerweile völlige Willkür bis zur Standgerichtsbarkeit/ Ausnahmegerichte wie am Beispiel 19230 Amtsgericht 19230 Hagenow und dem Amtsgericht und Landgericht in 19053 Schwerin. Dazu wird fast jedes Verfahren einfach überrollt und offen das nationale wie internationale Recht gebrochen.

Die Polizei steht auch als Justizhilfe- und Ausführungsorgan im o. g. Konflikt der STAATENLOSIGKEIT. Ähnlich geht es der Kriminalpolizei Schwerin. Die Kriminalpolizei Schwerin stützt durch fehlende Schadensabwehr ein verfassungsfeindliches Regime nach außen und innen.

Bei dieser Thematik geht es nicht nach pers. Rechtsauffassungen, Meinungen oder Befindlichkeiten; sondern ausschließlich um die angezeigten Rechtsgrundlagen! Ich fordere die Polizei / Sie in Beweislastumkehr auf, die von mir getätigte Feststellung dezidiert zu klären/ ggfs. zu widerlegen.

ZUSTÄNDIGKEITSVERWEIS:

**Der allg. § Vorgang wurde durch die Hohe Hand angenommen und wird bearbeitet: Siehe Anlage Schreiben Haupt- Militär-Staatsanwalt, Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation an meine Person!
AZ: 4yp-323/12/2045**

GLAUBHAFTMACHUNG *DEUTSCH* 1934: Die staatlose BRD ist heute nur noch wie eine Glaubengemeinschaft- eine Kirche zu bewerten.

Antrag/ Forderung an das bewaffnete Ermittlungs- und Ausführungsorgan Kriminalpolizei Schwerin:

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch Staatenlosigkeit und Weiterführung der Nazi-Gleichschaltungsgesetze & Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934 selbst der Legitimation beraubt und das Band der Gesellschaft zerrissen.

Machtmißbrauch - Macht vor Recht: Verweis durch NATO- Bündnisfall ab 9/11 scharf geschaltete EU Todesstrafe/ Schießbefehl im Lissabonvertrag, rechtsoffenkundiger Stillstand der Rechtspflege, verbotene Standgerichtsbarkeit, Inlandeinsatzweisung der Bundeswehr.

Es besteht daher öffentliches Interesse.

Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der mutmaßlichen Tat/ Täter beantragt.

Verweis auf die in der Akte vorliegenden Anlagen:

- K 1. Dokumentation Staatenlos 1 + 2
- K 2 unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger
Der Unionsbürgerschaft Wikipedia
- K 3 Deutsche StA - Sprachliche Einführung+ Rassegesetze 1933
- K 4 Richteramt RGBL 1936
- K 5 Methoden der Faschisten
- K 6 Deutsche Staatsangehörigkeit=Reichsangehörigkeit
- K 7 Auswahlliste aktuelle Nazigesetze
- K 8 EU- Todesstrafe/ Schießbefehl
- K 9 staatenlos.info - Faltblatt
- K10 Protokolle aus dem Kanzleramt S 106 + 117, ISBN 3-486-56360-2
- K11 Protokoll franz. Vorsitzender No 354 B, Anlage 2, 3. Treffen der Außenminister - Paris
17.07.1990

- K12 Liste der Kriegserklärungen gegen Deutschland
- K13 Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit
- K14 Alliierte Zuständigkeit im Grundgesetz
- K15 AG Vechta
- K16 Die Wurzeln der Brüsseler EU
- K17 BMI Stellungnahme
- K18 Verfassung 1919 = Friedensverträge
- K19 Befreiung Österreich
- K20 Nazi- Gleichschaltung
- K21 Urkunde 146
- K22 illustriertes Heft *Heimat ist ein Paradies*

Verweis auf alle § Rechtsdokumente und u. g. Webseiten:

<http://staatenlos.info/>

Verweis auf fach- sachorientierte Webseiten:

<http://staatenlos.info/>

Irrtümer und Fehler sind vorbehalten und bitte ggfs. um Berichtigung. Ergänzungen und Korrekturen bleiben stets vorbehalten.

Es besteht öffentliches Interesse.

Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der Tat und der betr. Täter beantragt und gefordert.

Es besteht Verdunkelungsgefahr, Wiederholungsgefahr und daher sofortiger Handlungsbedarf.

Ich bitte um Zusendung der Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen